



**Stadt Leverkusen**

Antrag Nr. 2017/1923

**Der Oberbürgermeister**

I/01-011-20-06-he/wb  
**Dezernat/Fachbereich/AZ**

09.11.17  
**Datum**

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Datum</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Behandlung</b>
<b>Kinder- und Jugendhilfeaus- schuss</b>	16.11.2017	Beratung	öffentlich
<b>Hauptausschuss</b>	22.11.2017	Beratung	öffentlich
<b>Finanz- und Rechtsausschuss</b>	04.12.2017	Beratung	öffentlich
<b>Rat der Stadt Leverkusen</b>	18.12.2017	Entscheidung	öffentlich

**Betreff:**

Einführung eines "Kriminalpräventiven Rates" in Leverkusen

- Antrag der CDU-Fraktion vom 13.10.2017
- Anfrage des Herrn Bürgermeister Marewski (CDU) vom 06.10.2017 und ergänzendes Schreiben vom 09.10.2017 mit Stellungnahme der Verwaltung vom 13.10.2017
- Stellungnahme der Verwaltung vom 09.11.2017 (s. Anlage)



01/010-hei  
Herr Heider  
Tel.: 8889

09.11.2017

01

- über Herrn Stadtdirektor Märtens	gez. Märtens
- über Herrn Beigeordneten Adomat	gez. Adomat
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath	gez. Richrath

### **Einführung eines „Kriminalpräventiven Rates“ in Leverkusen**

- **Antrag der CDU-Fraktion vom 13.10.2017**
- **Anfrage des Herrn Bürgermeister Marewski (CDU) vom 06.10.2017 und ergänzendes Schreiben vom 09.10.2017 mit Stellungnahme der Verwaltung vom 13.10.2017**

Mit Schreiben vom 13.10.2017 hat die CDU-Fraktion die Einrichtung eines „Kriminalpräventiven Rates“ beantragt. In der Sitzung des Rates am 16.10.2017 wurde dieser Antrag in den nächsten Turnus einschließlich Vorberatung vertagt und die Verwaltung aufgefordert, eine Stellungnahme zu erarbeiten.

Zu 1:

Grundsätzlich steht die Verwaltung der Idee zur Einführung eines „Kriminalpräventiven Rates“ offen gegenüber, empfiehlt aber zunächst eine Projektgruppe in der Geschäftsführung durch den Leiter des Fachbereichs Recht und Ordnung bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung einzurichten. Sofern die Politik die Projektgruppe beschließen würde, könnte diese eine Konzeption erarbeiten, in der die wesentliche Ausgestaltung (z.B. die zu beteiligenden Institutionen und Personen, die Möglichkeiten der Kooperation mit der Sicherheitskonferenz, Themenbereiche, Finanzierung etc.) eines „Kriminalpräventiven Rates“ vorbereitet wird. Die Projektgruppe sollte ihre Arbeit zu Beginn des neuen Jahres aufnehmen und dem Rat einen Entscheidungsvorschlag unterbreiten.

Hinsichtlich den in der Begründung des Antrages der CDU-Fraktion angeführten „unhaltbaren Zuständen am Forum Leverkusen“ hat am 26.10.2017 ein Gespräch am Forum stattgefunden, um einen persönlichen Eindruck vor Ort zu erhalten und Maßnahmen zur Optimierung zu besprechen. Beteiligt waren

- Herr Oberbürgermeister Richrath,
- Herr Latuske als Leiter der Polizeiinspektion Leverkusen sowie ein weiterer Vertreter der Polizei,
- Herr Beigeordneter Adomat,
- Vertreterinnen und Vertreter des Fachbereichs Recht und Ordnung, des Fachbereichs Kinder und Jugend, der KulturStadtLev (KSL) sowie der Job Service Leverkusen gGmbH (JSL) und

- Vertreterinnen und Vertreter der Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH (WGL) als Verwalterin des Teileigentums der KSL/ Leverkusener Parkhausgesellschaft mbH (LPG).

Folgende Maßnahmen wurden vereinbart:

- Die städtischen Straßensozialarbeiter werden im Rahmen ihrer Arbeit den Kontakt mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Umfeld des Forums herstellen, um mit ihnen nach sinnvollen Alternativen für die Freizeitgestaltung zu suchen.
- Der im Auftrag der Stadt Leverkusen tätige private Sicherheitsdienst wird seine Präsenzzeiten am und im Umfeld des Forums ausweiten.
- Bei dem durch die KSL in Verbindung mit der LPG beauftragten Sicherheitsdienst wurde die Einsatztaktik angepasst.
- Die Erkenntnisse der Sicherheitsdienste werden zentral an die Verwaltung gemeldet.
- Die Ausweitung der bereits vorhandenen Kameraüberwachung am Forum wird geprüft.
- Es erfolgen Rückschnitte an der Bepflanzung am Forum, um die Sichtachsen zu verbessern.

Darüber hinaus wird die Verwaltung die städtebauliche Beratung der Polizei in Anspruch nehmen, die dazu dient, Kriminalitätsphänomene durch bauliche Gestaltung oder Veränderung (einschließlich der Beleuchtungssituation) zu reduzieren und so das Sicherheitsgefühl von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Erste Gespräche hierzu zwischen Verwaltung und Polizei haben bereits stattgefunden.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass auf Grundlage der vorhandenen Erkenntnisse weder die Polizei noch die Verwaltung die wahrgenommene Gefährdungseinschätzung am Forum bestätigen können.

Zu 2:

Aufgabe der Straßensozialarbeit ist, niedrighschwellig und auf freiwilliger Basis Kontakt zu jungen Menschen herzustellen und diesen Beratung und Hilfe in schwierigen Lebenssituationen anzubieten. Hierzu suchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sogenannte „informelle Treffpunkte“ im Stadtgebiet auf. Werden hierbei Jugendliche und junge Erwachsene angetroffen, die den öffentlichen Raum lediglich zur Durchführung von illegalen Handlungen nutzen, so ist in erster Linie die Polizei die zuständige Institution und wird auch entsprechend verständigt. In Leverkusen ist die Anzahl der jugendlichen Straftäter in den letzten Jahren jedoch rückläufig.

Die Anregung, durch Umverteilung von Aufgaben in der Verwaltung Ressourcen zu schaffen, zusätzliche Straßensozialarbeit leisten zu können, lässt sich bei der derzeit hohen Arbeitsverdichtung und der zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben im Fachbereich Kinder und Jugend, nicht realisieren. Der Einsatz freier Träger der Jugendhilfe bedingt eine Kostenübernahme der Personal- und Overhead-Kosten, so dass auch dafür zusätzliche Mittel bereit zu stellen wären.

Grundsätzlich würde eine Stellenausweitung im Bereich der Straßensozialarbeit die Möglichkeit eröffnen, die „informellen Treffpunkte“ häufiger und gezielter aufsuchen zu können. Die bisherigen Erfahrungen zu Einsätzen von Streetworkerinnen und Streetworkern an „informellen Treffpunkten“ junger Menschen zeigen, dass sich eher wenige der betroffenen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen an die pädagogischen Fachkräfte anbinden lassen. Im Regelfall findet durch häufigere Präsenz sowohl von Polizei, Sicherheitsdiensten als auch Streetworkerinnen und Streetworkern eine Verdrängung der jungen Menschen statt, die sich dann an anderen Stellen treffen.

Die Verwaltung empfiehlt das weitere Vorgehen in der Straßensozialarbeit in die unter 1 skizzierte Projektgruppe als Themenbereich mitaufzunehmen.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung folgenden Beschluss vor:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektgruppe zur Einführung eines „Kriminalpräventiven Rates“ einzurichten, die ihre Arbeit zu Beginn des Jahres 2018 aufnimmt und dem Rat einen umfassenden Entscheidungsvorschlag unterbreitet.“

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke in Verbindung mit Recht und Ordnung,  
KulturStadt Leverkusen sowie Kinder und Jugend